



Foto [M]: Rudi Froese

**IN TIROLS BERGEN** besitzen US-Investoren plötzlich Wegerechte

Es begann in aller Herrgottsfrüh. Der Tiroler Schafbauer und Publizist Markus Wilhelm, 48, döste im Sommer vor zwei Jahren noch friedlich vor sich hin, als ihn eine Radionachricht aus dem Halbschlaf riss: Im Ötztal solle ein Wasserkraftwerk gebaut werden. »Nein!«, schrie Wilhelm. »Nicht schon wieder!« Er sprang aus dem Bett und kletterte auf seinen Dachboden. In Kartons verpackt, lagerten dort oben noch die alten Kraftwerkspläne des Tiroler Energieversorgers Tiwag. Er klopfte den Staub von den Unterlagen – und nahm den Kampf auf.

Jetzt steckt Wilhelm mittendrin in dieser mitunter verwirrenden, aber sehr exemplarischen Inszenierung der David-gegen-Goliath-Legende: Eine mächtige Lobby aus Landespolitikern und Stromerzeugern will in einem der wenigen noch unangetasteten Tälern des Landes die Gebirgsbäche hinter einer hohen Betonmauer aufstauen. In den vergangenen zwei Jahren hat die unerschrockene Ein-Mann-Bürgerinitiative Wilhelm viel Verstärkung bekommen und seltsame Machenschaften aufgedeckt. Der Stromerzeuger sah sich gezwungen, alternative Pläne zu entwickeln. Doch in welches Tal er auch ausweichen wollte, immer legten sich betroffene Bürger quer. Inzwischen kämpfen von Osttirol bis zum Arlberg zehn Initiativen gemeinsam gegen neue Pumpspeicher, Staudämme und Stromleitungen. »Sie lassen sich nicht auseinander dividieren«, sagt Markus Wilhelm. Gastwirte und Zimmervermieter legten ihren Gästen Unterschriftenlisten neben das Frühstücksei. Sie fürchten, sagt Martin Gstrein, Inhaber einer kleinen Frühstückspension im Bergsteigerdorf Vent, die »wilde Bauerei« werde den sanften Tourismus umbringen.

Für die in Landesbesitz stehende Tiroler Wasserkraftgesellschaft (Tiwag) geht es jedoch längst nicht nur um die unberührte Berglandschaft. Der Streit um das Kraftwerk führt vielmehr vor Augen, wie das Energieunternehmen am internationalen Finanzmarkt zu Geld kommt und Kritiker unter Druck gesetzt werden.

Als »undankbares Gesindel« beschimpfte Landeshauptmann Herwig van Staa neulich die rebellischen Osttiroler. Wenn der politische Wille mit jenem der Bevölkerung kollidiert, ging es in Tirol schon immer deftig zu. Das war vor 20 Jahren nicht anders, als Peter Hasslacher, Leiter der Abteilung Raumplanung im Österreichischen Alpenverein, an vorderster Front gegen das Kraftwerk Dorfertal protestierte. Damals hatten die Befürworter und Gegner noch »ernsthaft geredet«, heute überflutet die Tiwag jedoch die Bevölkerung mit Werbeseiten. Tirols Medien kommen unter Druck: Vor einem Jahr kippte der Chefredakteur des ORF-Tirol, Markus Sommersacher, per Weisung drei Beiträge

über Kraftwerksproteste aus dem Programm. Kurz darauf enthüllte ein anonym gebliebener ORF-Mitarbeiter auf der Online-Seite der Tageszeitung *Standard*, die Tiwag habe dem Sender gedroht, Werbespots und Sponsorenverträge zu kündigen. Eilig versicherte Tiwag-Chef Bruno Wallnöfer, sein Unternehmen sei doch gar nicht in der Lage, Druck auszuüben. Dann sagte er: »Natürlich prüfen wir die Berichterstattung, denn wir fühlen uns vom ORF nicht gut behandelt.«

Der Widerstand scheint sich zu lohnen: Von anfänglich 16 diskutierten Kraftwerksvarianten stehen nur noch vier auf der Agenda. Doch auch mit diesen Plänen, so haben die Kraftwerksgegner penibel erforscht, würde die Tiwag 33 Gebirgsbäche in »ihre Gewalt bringen« – vom Hochjochbach bis zur Gurgler Ache.

Noch vor dem Sommer will nun die Landesregierung entscheiden, welche der Varianten weiter vorangetrieben wird. Eine PR-Initiative mit dem Titel *Dialog und Begegnung* sollte im Vorfeld die widerspenstigen Bürger für die zwei größten Vorhaben gewinnen: den Ausbau des Kraftwerks Kaunertal in den Ötztaler Alpen sowie den Ausbau des Kraftwerks Sellrain-Silz. Mit beiden ließe sich ordentlich Geld verdienen. Die Ötztaler Alpen verfügen über die größte geschlossene Gletscherfläche und die größte Massenerhebung der Ostalpen weit und breit. Es stürzt reichlich Wasser steil zu Tal: paradiesische Zustände für einen Stromerzeuger. »Aufgrund der drohenden Knappheit in Europa können wir es uns gar nicht leisten, auf diese Ressourcen zu verzichten«, behauptet Tiwag-Chef Wallnöfer.

### »Mit diesem Kraftwerk wird Tirol Europa nicht retten können«

Bei den Kraftwerksgegnern zieht das Argument vom Stromengpass indes nicht. Die energiewirtschaftlich interessanteste Kraftwerksvariante der Tiwag produziert 600 Gigawatt-Stunden im Jahr, das sei ein Tausendstel des prognostizierten ungedeckten Bedarfs in der gesamten EU. »Damit wird Tirol Europa auch nicht retten können!«, sagt Aktivist Markus Wilhelm. Seiner Ansicht nach verfolge die Tiwag jedoch andere Ambitionen: Pumpspeicherkraftwerke können – im Unterschied zu Atomkraftwerken – schnell Bedarfsspitzen abdecken. Entsprechend teuer werde der Strom an der Börse gehandelt. Das neue Kraftwerk, so vermutet Wilhelm, soll die »Cashcow der Tiwag« werden.

Wallnöfer warnte mehrfach, es gehe um die Zukunft seines Unternehmens. Sollten sich die Kraftwerksgegner durchsetzen, werde sich ein Strommulti früher oder später die Tiwag einverleiben. »Das Gegenteil ist der Fall«, meint hingegen Wilhelm. Außer den Stromerzeugern in Tirol und

Wien haben schon alle anderen österreichischen Landesgesellschaften einen Partner an ihrer Seite. Zusätzliche Kraftwerksbauten präparierten die Tiwag nicht für die Selbstständigkeit, sondern machten sie nur als Braut attraktiver – zumal ein neu errichtetes Kraftwerk nun der Tiwag auch tatsächlich gehören würde.

Denn in Wahrheit werden heute schon viele Kraftwerke nicht mehr ausschließlich von Tirol aus gesteuert. 14 der 15 größten Anlagen wurden von der Tiwag zwischen 2001 und 2003 an US-Trusts übertragen. Cross Boarder Leasing nennt sich dieses Ende der neunziger Jahre entdeckte Finanzierungsmodell. Entwickelt wurde es von amerikanischen Steuerberatern, die US-Firmen damit zu steuerlich absetzbaren Investitionen im Ausland verhalfen. Der Sale-and-lease-back-Handel lief nach dem immergleichen Schema ab: Ein US-Trust, hinter dem Banken, Versicherungen oder große Konzerne stehen, kauft nach amerikanischem Recht eine österreichische U-Bahn-Garnitur, eine Messehalle, ein Kanalsystem oder eben ein Kraftwerk –, die Österreicher lesen das Objekt im gleichen Augenblick zurück. Sie erhalten die Option, das Objekt nach etwa 30 Jahren wieder um den Restwert zu erwerben. Auf den ersten Blick klingt das bestechend: Die Österreicher lukrieren sofort einen Verkaufserlös, den sie für neue Investments nutzen können. Und überdies können beide Seiten steuerrechtlich einen Betriebsaufwand geltend machen, der die zu versteuernden Gewinne schmälert.

Ein komplizierter, gewinnbringender Deal, solange alles gut geht. Vor allem in Deutschland und in Österreich schlugen viele Kommunen zu: Die österreichischen Bundesbahnen vermieteten ihre Lokomotiven, die Stadt Wien U-Bahn-Garnituren und das Kanalnetz, die AUA Flugzeuge – die Tiwag 14 Kraftwerke und Teile des Verteilernetzes.

Im Grundbuch ist die Tiwag nach wie vor als Eigentümer eingetragen. Gleich dahinter rangiert – mit einem Vorverkaufsrecht ausgestattet – ein amerikanischer Trust. Im konkreten Fall das US-Investmenthaus Potomac, hinter dem der Energiekonzern Pepco steht, oder die John Hancock Life Insurance Company aus Boston. Nicht nur bei den Kraftwerksgegnern kommen solche Finanzierungsmodelle nicht gut an. Was soll sich denn etwa der Landwirt Johann Schöpf denken, wenn er das nächste Mal ins Grundbuch schaut? Dort, im zweitwichtigsten Buch der Tiroler, gleich nach der Heiligen Schrift, wird Schöpf das altverbriefte Recht auf freie Fahrt für seinen Mistwagen eingeräumt. Plötzlich findet er in der Spalte »Wegerechte« den Namen eines Fremden: John Hancock Hydro Trust.

Vor zwei Jahren jedoch wurde die Gesetzeslücke im US-Recht geschlossen, und mit den ein-

# Berge unter Strom

Schafbauern und Hüttenwirte kämpfen um Tirols unberührte Bergwelt. Sie soll Kraftwerken weichen **VON EDITH MEINHART**

träglichem Deals war es schlagartig vorbei. Nun kehrt bei den Europäern Ernüchterung ein: Einige Kommunen versuchen mittlerweile, in aller Diskretion – jedoch vergeblich – aus den Verträgen wieder auszusteigen. Denn die umfangreichen Vereinbarungen bescherten jahrzehntelange Arbeit: Ständig müssen hoch dotierte Experten darüber wachen, dass keine Berichtspflicht versäumt, keine Klausel übersehen wird. »Es ist um einiges aufwändiger, als es am Anfang ausgesehen hat«, räumt selbst Tiwag-Chef Wallnöfer ein. Könnte er sich heute neu entscheiden, es klingt nicht so, als würde er sich noch einmal begeistert auf den Kraftwerkshandel stürzen: »Diese Transaktionen sind nicht mehr möglich. Ich bin darüber nicht sehr traurig.«

### Die Geheimverträge der Tiwag könnten Prozesslawinen auslösen

Die Medien hatten mehrfach die demokratiepolitisch bedenklichen Facetten des Cross Border Leasing kritisiert: Die Verträge sind nämlich nicht nur kompliziert, sondern auch streng geheim. Abgesehen von den Anwälten und Beratern, die sie ausgeheckt haben, darf sie kaum jemand zu Gesicht bekommen. Dem Kraftwerksgegner Markus Wilhelm wurden vor einem Jahr Details der Cross-Border-Leasing-Vereinbarungen zugespield. Er stellte die »perversen« Dokumente ins Internet, wo sie seither unter [www.dietiwag.org](http://www.dietiwag.org) zu studieren sind.

So wurde der Cross-Border-Leasing-Fall der Tiroler zum öffentlichsten in ganz Europa. Und zum strittigsten: Die Tiwag-Spitze prozessiert gegen Wilhelm auf Unterlassung und wegen Verletzung des Geschäftsgeheimnisses. Streitwert: 500 000 Euro. Der Kraftwerksgegner aus Sölden argumentiert, er habe den Vertrag nicht unterschrieben und deshalb auch keine Geheimhaltungsklausel verletzt. Außerdem bestehe am Inhalt der Cross-Border-Leasing-Deals öffentliches Interesse, weil dabei Volksvermögen ohne Befassung des Landtags verschachert wurde. Das Urteil steht noch aus.

Ungemach droht der Tiwag auch aus Amerika, wo der Prozess mit großem Interesse verfolgt wird: Die US-Steuerbehörden prüfen derzeit jeden Vertrag, um herauszufinden, ob sich dahinter eine Scheintransaktion verbirgt. Werden den betroffenen US-Firmen im Nachhinein Abschreibeposten streitig gemacht, könnten diese im Gegenzug versuchen, aus ihren Verträgen auszusteigen, indem sie den Partnern in Europa eine Vernachlässigung von Vertragspflichten unterschieben. Streitpunkte müssten dann vor US-Gerichten ausgehandelt werden.